

Atomkriegsgefahr – und vertraute Themen

Akten zur schweizerischen Aussenpolitik 1961–1963

Der neue Band der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» gewährt Einblicke in die Diplomatie der frühen 1960er Jahre. Themen wie die Europapolitik, ausländische Arbeitskräfte oder das Bankgeheimnis wurden bereits damals heftig diskutiert.

Daniel Trachsler

Die frühen sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren eine Phase der Konfrontation im Kalten Krieg. In der Berlin- und der Kubakrise kam die Welt gefährlich nahe an die Schwelle einer nuklearen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion. Ein eindrückliches Bild von der Wahrnehmung der internationalen Lage aus schweizerischer Perspektive vermittelt das Protokoll der Bundesratssitzung vom 15. September 1961. Wenige Wochen nach dem Bau der Berliner Mauer schätzte Aussenminister Friedrich T. Wahlen die Situation als besorgniserregend ein. Angesichts der erhöhten Kriegsgefahr erörterte die Landesregierung die Möglichkeit, bereits in Friedenszeiten einen General zu designieren. Und Ludwig von Moos, Chef des Justiz- und Polizeidepartements, mahnte, bei den Vorbereitungen auf einen Kriegsfall müsse man auch das Szenario einer kompletten Zerstörung der Bundesstadt Bern berücksichtigen.

Das Protokoll dieser Sitzung findet sich, zusammen mit 187 anderen Dokumenten aus den Jahren 1961 bis 1963, im Band 22 der Aktenedition «Diplomatische Dokumente der Schweiz» («DDS»). Erneut hat das im Bundesarchiv in Bern arbeitende Team um den Forschungsleiter Antoine Fleury und dessen Nachfolger Sacha Zala die Quellenbestände ausgewertet und eine Auswahl von Schlüsseldokumenten in Buchform veröffentlicht. Viele ergänzende Akten sind in einer Datenbank über das Internet frei zugänglich. Auf der DDS-Website (www.dodis.ch) findet ein interessiertes Publikum dazu zahlreiche weiterführende Informationen.

Vortasten nach Brüssel

Bei der Lektüre sticht ins Auge, wie viele heute nur allzu vertraute Themen bereits damals die aussenpolitische Agenda prägten. Die Europapolitik stand auch 1961 weit oben auf der Traktandenliste. Nachdem Grossbritannien im Sommer ein Gesuch um den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eingereicht hatte, kam die Schweiz unter Zugzwang. Konsterniert über den drohenden Verlust des bisher wichtigsten integrationspolitischen Verbündeten, reichte Bern im

Dezember zusammen mit den beiden anderen neutralen Efta-Staaten Österreich und Schweden ein Assoziationsgesuch bei der EWG ein.

Die Koordination mit Wien und Stockholm war umstritten. Verteidigungsminister Paul Chaudet vertrat die Ansicht, dass dies der Handlungsfreiheit der Schweiz und dem Ansehen ihrer Neutralität schade. Der Bundesrat entschloss sich trotzdem zu einem gemeinsamen Vorgehen. Die aussen-, wirtschafts- und neutralitätspolitischen Diskussionen im Hinblick auf eine EWG-Assoziation der Schweiz sind im



Diplomatische Dokumente der Schweiz, Band 22 (1. VII. 1961–31. XII. 1963).
Chronos-Verlag, Zürich 209.
520 S., Fr. 75.–.

vorliegenden Buch gut dokumentiert. Angesichts der innenpolitisch wachsenden Skepsis erstaunt es nicht, dass in der Schweiz ein Gefühl der Erleichterung dominierte, als der französische Präsident Charles de Gaulle im Januar 1963 mit seinem Nein zu einem EWG-Beitritt Englands auch die Assoziationsverhandlungen zum Erliegen brachte.

Ausländer-Aussenpolitik

Für Gesprächsstoff sorgte auch die Immigration. 1961 betrug die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Schweiz etwa 400 000, 1964 bereits 720 000. Sie stammten vor allem aus Italien. Die Angst vor einem «Staat im Staat» begann zu kursieren. Die aussenpolitische Dimension des Themas – und damit der Grund für dessen Berücksichtigung in den «DDS» – ergibt sich aus dem entstehenden Bedarf nach zwischenstaatlichen Regelungen. Der Status der italienischen Gastarbeiter musste mit Rom auf dem Verhandlungsweg geklärt werden. Ein Abkommen über Fragen wie Aufenthaltsrecht oder Familiennachzug wurde 1964 abgeschlossen.

Eine Art umgekehrtes Déjà-vu stellt sich auch ein, wenn man die Bemühungen der USA zur fiskalischen Erfassung steuerprivilegierter Tochtergesellschaften von US-Unternehmen in der Schweiz oder die französische Kritik am Bankgeheimnis in den frühen sechziger Jahren zur Kenntnis nimmt. Band 22 der «Diplomatischen Dokumente» bietet nicht nur in diesen kurz skizzierten, sondern auch in zahlreichen weiteren Themenbereichen viele Anregungen für eine vertiefte Beschäftigung mit den Fragen der internationalen Beziehungen der Schweiz.